

STADT-ZEITUNG 01

2025

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf

UND WIR
SIND NUR DIE,
DIE HEUTE
ZEIT HABEN

30.000

GEW



Alle Fotos ohne Namensnennung:

© Stadtverband GEW-Düsseldorf und Anne Kamps

Der Bezugspreis

ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.

Herausgeber

GEW-Stadtverband Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: (0211) 36 39 02
Fax: (0211) 600 91 47
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de
www.gew-duesseldorf.de
fb: GEWduesseldorf

Geschäftsführerin

Anja Mühlenberg
Geschäftszeiten:
Mo/Mi 9-13
Di 13:30-17:30
Do 13:30-16:30

Redaktion

Dr. Sylvia Burkert
Telefon: (0211) 9 95 98 59
Mobil: 0172 4031950
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

Satz/Layout

kuttner, Beschriftung, Produktion, Design
Sven Kuttner
Sultbertusstraße 95
40223 Düsseldorf
Telefon: (0211) 15 93 98 21
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de
www.beschriftungen-kuttner.de

Druck

TIAMAT druck GmbH
Luisenstrasse 69
40215 Düsseldorf

JHV

- 6** Alle (4) Jahre wieder ... JHV und Wahlversammlung
- 8** Rechenschaftsbericht 2024 und Leitantrag 2025
Entwurf des Vorstandes
- 9** Rechenschaftsberichte der Fachgruppen für 2024
 - 10** FG Sonderpädagogische Berufe
 - 11** FG Hauptschule
 - 12** FG Gymnasium
 - 12** FG Grundschule
 - 14** FG Realschule
 - 14** FG Gesamtschule
 - 15** FG Berufskolleg

GEGEN RECHTS

- 16** Bundestagswahlen im Zeichen des Kampfes gegen den Rechtsruck
Bildstrecke
- 18** AFD-Verbot – ja oder nein?
Von Detlev Wöske
- 21** Mythos Neutralität - Neutralitätspflicht und Mäßigungsgebot an den Schulen
Von Sylvia Burkert

FORDERUNGEN

- 23** Kurswechsel- Gew-Forderungen zur Bundestagswahl 2025
- 28** Starker Appell
Düsseldorfer Gewerkschaften fordern von den Parteien mutige Entscheidungen

INTERNATIONALES

- 30** Nahostkonflikt Kontrovers
Von Detlev Wöske
- 32** Leserbrief von Peter Calligari vom 27.1.25

IN EIGENER SACHE

- 33** Verfügbares Material in der Geschäftsstelle

ADRESSEN

- 34** Unsere Personalrätinnen und Personalräte
an den Düsseldorfer Schulen und Hochschulen.

DIE BRAUNE GEFAHR

In seiner letzten Wahlrede hetzte Merz gegen die Demonstranten, die gegen Rechts zu tausenden auf die Straße gegangen waren.

Am Vortag der Bundestagswahl hatte sich Unions-Kanzlerkandidat noch einmal in „in Rage geredet“ im Münchner Löwenbräukeller (<https://t1p.de/m4iq1>).

Er brüllte gegen „Antifa“, „grüne und linke Spinner“ und versprach dem jubelnden Publikum, die Zeit der „linken Politik“ sei „vorbei“. Tags darauf fuhr er das zweitschlechteste Wahlergebnis in der Geschichte seiner Partei ein, seine großmäulig versprochene Halbierung der AfD endete mit der Verdoppelung deren Wählerstimmen. Wie denn auch, wenn man sich auf die Fahnen die ausländerfeindlichen AfD-Forderungen geschrieben hat und dann im Parlament mit den Stimmen der AfD einen verschärften Migrationskurs einläutet. Die Union habe damit einen Konsens aufgekündigt, den es die ganze Nachkriegsgeschichte über unter den Demokraten in Deutschland gegeben habe, so Noch-Bundeskanzler Scholz: *„Den Konsens, nämlich, dass es keine Zusammenarbeit der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten gibt. Heute ist das passiert.“*

CDU und AfD haben als Mitte-rechts Parteien zusammen nahezu 50 Prozent der Stimmen erreicht – bei einer Verdopplung des AfD-Stimmenanteils, während das Mitte- links Lager insgesamt Einbußen hinnehmen musste. Als einzige Partei konnte hier die Linke einen deutlichen Zuwachs verbuchen.

Dieses Ergebnis stellt eine neue Regierung aber auch vor die Aufgabe, ein weiteres Anwachsen der Rechten zu verhindern. Und das soll ausgerechnet Merz richten?

Für uns Gewerkschaften bleibt die Aufgabe die Demokratie nicht ihren selbsternannten Freunden und schon gar nicht ihren braunen Feinden zu überlassen, weder auf der Straße noch im Parlament!

Von Bildung war im schrillen Wahlkampfgetöse nur wenig zu hören, deswegen in der Stadtzeitung nochmals unsere Forderungen für eine echte demokratische Bildungswende, denn **eine neue Bildungspolitik braucht unser Land (s. S.23).**

Sylvi Burkert



ALLE (4) JAHRE WIEDER ... JHV UND WAHLVERSAMMLUNG

Dienstag, 25.3.2025, 17.00 bis 21.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Friedrich-Ebert-Str. 34-38

Mit der Mitgliederemail vom 5.2. seid ihr alle daran erinnert worden!

Die Einladung ist euch mit der Stadtverbandszeitung 4/2024 zugegangen.

<https://duesseldorf.gew-nrw.de/gewerkschaft-vor-ort#c11692-stadtverbandszeitung0>

Die JHV findet am **Dienstag, dem 25. März von 17:00 bis 18:30 Uhr** statt.

Alle Mitglieder sind zu dieser besonderen Mitgliederversammlung eingeladen und ihr seid aufgerufen, teilzunehmen. Alle bereits vorliegenden Informationen zum Ablauf sowie die Tagesordnung findet ihr hier: <https://duesseldorf.gew-nrw.de/wir-in-duesseldorf/termine/unsere-jahreshauptversammlung> Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung (und an einen kleinen Imbiss) finden ab **19:00 Uhr die Vorstandswahlen 2025** statt. Ablauf, Tagesordnung und Unterlagen sind für euch auch auf der Homepage hinterlegt: <https://duesseldorf.gew-nrw.de/gewerkschaft-vor-ort/termine/unsere-jahreshauptversammlung#c9899-wahlen>

Wir freuen uns darauf, euch kennenzulernen oder wiederzusehen!

Gabriella Lorusso, Sylvia Burkert, Leitungsteam

Der Ablauf

17.00 bis 18.30 Uhr: JHV

18:30 bis 19:00 Uhr: Pause und Imbiss

19:00 bis 21:00 Uhr: Wahlversammlung

Hier nochmal die Tagesordnung der JHV:

1. Begrüßung und Formalia
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Aussprache
3. Rechenschaftsbericht des Kassierers und Aussprache
4. Bericht der Kassenprüfer*innen
5. Entlastung des Kassiers
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahl der Kassenprüfer*innen
8. Vorstellung des Haushalts 2024
9. Leitantrag und Anträge
10. Verschiedenes

Und die Tagesordnung der Wahlversammlung:

1. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand des Stadtverbandes
2. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Delegierten des Stadtverbandes zum Landesgewerkschaftstag
3. Wahlen
4. Anträge
5. Verschiedenes

Antragsfrist war der 10.3.2025.

Alle später eingehenden Anträge werden nur im Falle von Dringlichkeit behandelt.



Rund um die Wahlen

Termine: für die Briefwähler*innen musste die Anforderung der Briefwahl-Unterlagen zum **11. März 2025** in der Geschäftsstelle eingegangen sein (s. Postkarte in der letzten Stadtzeitung, S.31)

8. April 2025:

Letzter Termin für Rücksendung der Briefwahlunterlagen/Datum des Eingangs in der Geschäftsstelle

9. April 2025:

ab 14 Uhr gewerkschaftsöffentliche Auszählung der Stimmen in der Geschäftsstelle

Kandidaturvorschläge für die in der Tagesordnung genannten Funktionen sollten **bis zum 11. März 2025** beim Wahlvorstand eingegangen sein. Weitere Kandidat*innenvorschläge können aber für den Fall, dass das Einverständnis der Betroffenen schriftlich vorliegt und mindestens 10 Prozent der anwesenden Wahlberechtigten der Kandidatur zustimmen, noch auf der Wahlversammlung am 25. März in die Kandidat*innenliste aufgenommen werden.

Folgende Vorstandsfunktionen sind zu besetzen:

/ eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender
/ ein*e erste*r und ein*e zweite*r stellvertretende*r Vorsitzende*r
 oder alternativ ein Leitungsteam aus max. 3 Personen

- /** ein*e Vertreter*in für Vertrauensleute
- /** ein*e Kassierer*in
- /** ein*e Schriftführer*in
- /** ein*e Referent*in für Öffentlichkeitsarbeit
- /** ein*e Vertreter*in für Ruheständler*innen
- /** ein*e Vertreter*in für Rechtsschutz
- /** ein*e Vertreter*in der jungen GEW
- /** ein*e Leiter*in des Arbeitskreises für Honorarkräfte

Leiter*innen der

- /** FG Grundschule
- /** FG Hauptschule
- /** FG Realschule
- /** FG Gymnasium
- /** FG Sonderpädagogische Berufe
- /** FG Berufskolleg
- /** FG Gesamtschule/Sekundarschule
- /** FG Erwachsenenbildung
- /** FG Sozialpädagogische Berufe
- /** FG Hochschule und Forschung
- /** FG Schulaufsicht und Schulverwaltung

Außerdem besteht die Möglichkeit, eine GEW-Studierendengruppe sowie einen Ausschuss für Angestellte zu bilden, jeweils mit einem Sitz im Vorstand.

Des Weiteren sind voraussichtlich 9 Delegierte und ihre Vertreter*innen für den Landesgewerkschaftstag zu wählen.

RECHENSCHAFTSBERICHT 2024 UND LEITANTRAG 2025

Entwurf des Vorstandes

Der Stadtverband zieht Bilanz für 2024 und setzt sich für 2025 folgende gewerkschaftspolitische und innergewerkschaftliche Schwerpunkte:

GUT GELUNGEN 2024:

1. Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Neuss und dem Stadtverband Krefeld und Verhandlungen zur Bildung einer Regionalgeschäftsstelle Düsseldorf (RGS) mit Einbeziehung von Mönchengladbach ab 1. Januar – vertragliche Absicherung der Gründung der RGS Düsseldorf (Finanzierung/Koop-Rat)
2. Fortführung der erfolgreichen Pressearbeit mit der Lokalpresse und positive Resonanz auf unsere Mitgliederzeitung
3. Social Media Auftritt verbessert, insbesondere der FG Grundschule
4. Fortbildungen zu diversen schulischen und bildungspolitischen Themen
5. Fortführung der Arbeit des Betriebsrats Lycée Simone Veil mit unserer Unterstützung
6. Zusammenarbeit mit den Stadtratsfraktionen der SPD, der Linken und Grünen im Rahmen des Schulausschusses, insbesondere in Sachen Honorar erhöhungen bei der VHS und der Toilettenreinigung
7. Fortführung /Ausbau der Zusammenarbeit mit dem DGB Düsseldorf: Stellungnahme zum Haushalt, gemeinsame Veranstaltungen, Beteiligung am Bündnis Düsseldorf sozial gerecht ökologisch (Aktionen, Pressegespräche)
8. Bildungspolitische Stammtische der Ruheständler*innen mit guter Beteiligung und kontroversen politischen Programm; erfolgreiche Fortführung der Kunstführungen durch Erne W.
9. Stand 1. Mai
10. Sehr gute Ergebnisse bei der PR-Wahl in allen Schulformen
11. Erfolgreiche GEW-Listen zur PR-Wahl am Universitätsklinikum und an der HHU



Foto:
Das Bündnis Düsseldorf gerecht. sozial. ökologisch überreicht OB Keller die Stellungnahme zum Haushalt 2025

PRIORITÄT 2025:

1. Bundestags- und Kommunalwahl 2025: Bildungspolitische Themen nach vorne bringen im Zeichen des Kampfes gegen Rechts/AFD (Veranstaltung).
2. Tarifaueinandersetzungen TVÖD (Januar/Februar) und TVL (endet 31.10.25)
Motto: Kann denn Streiken Sünde sein?

WEITERARBEIT 2025:

Schul- und Bildungspolitik vor Ort

3. Lehrkräftemangel in Düsseldorf: Aktionen gegen die steigende Arbeitsbelastung
4. Verbesserungen der Situation der Schulen des Gemeinsamen Lernens (bei gleichzeitigem Erhalt der Förderschulen) / Mittelverteilung gemäß Sozialindex einfordern / Schulen mit hohem Migrant*innenanteil vor rechter Verunsicherung bei der Integration (insbesondere an Hauptschulen und Gesamtschulen) schützen; Prozess zur Einführung des Rechts auf einen Platz im OG kritisch begleiten
5. Schulausschuss: Zusammenarbeit mit Fraktionen in Sachen Weiterführung der Klo-Reinigung, Zweiter Bildungsweg stärken, VHS-Honorare / Festanstellungen bei drohender Streichung der BAMF- Mittel /- Kurse
6. Digitalisierung plus Datenschutz voranbringen
7. Forderung nach Lehramtsstudiengängen an der HHU; Unterstützung der FG Hochschule und Forschung, Schwerpunkt Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte und Abschaffung der Zeitverträge; Unterstützung der Personalräte der GEW an HHU und HSD

GEW STÄRKEN

8. Intensivierung der Vertrauensleutearbeit
9. Mitgliedergewinnung und Betreuung (Seminar für Neumitglieder)
10. Startphase der RGS Düsseldorf begleiten / Synergieeffekte nutzen (gemeinsame Veranstaltungen, Aktionen Pressemitteilungen usw.)
11. Einbindung des bildungspolitischen Stammtisches der Ruheständler*innen in den Stadtverband

BÜNDNISARBEIT

12. Mitarbeit im Düsseldorfer Stadtbündnis sozial.gerecht.ökologisch, im DSSQ (wir sind als DGB-Gewerkschaft Mitglied) und im Eine-Welt-Beirat, Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte und mit dem Jungen Schauspielhaus.
13. Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde und deren Schulen.

RECHENSCHAFTSBERICHTE DER FACHGRUPPEN FÜR 2024

Die Arbeit der Fachgruppen stand 2024 ganz im Zeichen der der Personalratswahlkampfes. Unsere Düsseldorfer Kandidatinnen und Kandidaten konnten ihre Plätze in jeder Schulform sichern oder sogar aufstocken! Gut gemacht und gut gewählt!

Ansonsten wie gehabt: Wahnsinn Lehrermangel und Folgen!

FG SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Von Daniela Drecker und Nicole Kaspar

Im Jahr 2024 durfte die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe viele bedeutende Ereignisse und Erfolge verzeichnen. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die wesentlichen Aktivitäten des vergangenen Jahres.

Wir konnten zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres zahlreiche neue Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter herzlich willkommen heißen. Zur Begrüßung erhielten sie von uns viel hilfreiches Informationsmaterial in den praktischen und allseits beliebten **GEW-Brotlosen**.

Auch in diesem Jahr war für unsere Fachgruppe die intensive Mitarbeit im **Arbeitskreis der Lehrerräte** aller Düsseldorfer Förderschulen ein wichtiger Teil der Arbeit. Insgesamt fanden im Jahr 2024 vier Treffen mit den Düsseldorfer Lehrerräten statt. Diese Treffen dienen dem Austausch über aktuelle Themen und geben die Möglichkeit der inhaltlichen Zusammenarbeit.

Wir haben an der Informationsveranstaltung zum Umgang mit dem Erlass

zu **Unterrichts- und Pausenzeiten** an GG- und KM-Schulen der Bezirksfachgruppe Sonderpädagogische Berufe mitgewirkt. Das Interesse an dieser Veranstaltung war sehr groß.

Die **Personalversammlung** fand mit den gewählten GEW-Vertreterinnen im vergangenen Jahr mit rund 430 Teilnehmenden wieder in der Stadthalle Mühlheim statt. Es wurden Interventionsmaßnahmen zur Bewältigung von akuten Gefahrensituationen vorgestellt und erste Schritte nach einem Gewaltvorfall sowie rechtliche Möglichkeiten erläutert. Die Anträge der Personalversammlung wurden den schulpolitischen Sprechern aller demokratischen Parteien des Landtags zugesandt. Aus diesem Anlass fand ein Treffen mit der schulpolitischen Sprecherin der CDU, Frau Schlottmann statt. Wir konnten als GEW-Vertreterinnen des Personalrats wichtige schulpolitische Themen ansprechen und auf die prekäre Situation, mit einem eklatanten Mangel an Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sowie der veränderten Schülerschaft an den Förderschulen, hinweisen.

Neben den regelmäßigen Fachgruppensitzungen auf Landesebene haben wir am **Gewerkschaftstag** teilgenommen und den Fachtag Sonderpädagogische Berufe inhaltlich begleitet.

Auf der **Landesdelegiertenversammlung** in der Rohrmeisterei Schwerte konnten wir uns im Anschluss an den Vortrag von Professor Bernasconi von der Uni Köln zu den Steigenden Schülerzahlen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung mit Vertreterinnen und Vertreter aus anderen Bezirken austauschen.

Im vergangenen Jahr haben wir als GEW-Fraktion mehrere Infos zu verschiedenen Themen versendet, unter

anderem zu den Themen Lehrerkonferenz und Lehrerrat sowie Rund um das Thema **Krankschreibung**.

Unsere Fachgruppe konnte außerdem kostenlose Didacta-Gutscheine verteilen, die vielen Kolleginnen und Kollegen den Besuch der Didacta-Messe ermöglichte.

Ein großer Erfolg im vergangenen Jahr waren die **Personalratswahlen**, bei denen wir drei Plätze hinzugewinnen konnten. Vielen Dank für Euer Vertrauen! Wir werden Eure Interessen auch weiterhin auf allen Ebenen engagiert vertreten.

FG HAUPTSCHULE

Von Patricia Ollesch

Neben vielen Beratungen und Ad-hoc-Treffen hatte die Arbeit der Fachgruppe Hauptschule kein zentrales Thema, sondern war geprägt von den mannigfaltigen Herausforderungen, die schon seit Jahren bekannt sind. In vielen Gesprächen mussten die Kolleg*innen aufgrund der **Belastung durch einen hohen Krankenstand und den Lehrermangel** gestützt werden. In einigen Fällen konnte individuelle Hilfestellung auch durch den Bezirkspersonalrat Hauptschule geleistet werden.

Eine weitere Herausforderung ist auch immer wieder das gemeinsame Lernen. **Die Inklusion** gelingt in vielen Schulen nur mit Mühe aufgrund des fehlenden Personals oder wird von Regelschullehrer*innen übernommen. Fachkräfte aus multiprofessionellen Teams, die jedoch keine Lehrkräfte

sind, sollen die Lücken auffangen und stoßen an ihre Grenzen.

Ebenfalls eine große Anstrengung erfordert die nach wie vor bestehende **28-stündige Unterrichtsverpflichtung** an Hauptschulen. Hinzu kommen die Erteilung fachfremden Unterrichts, Digitalisierung, häufiger Vertretungsunterricht und Beratungstätigkeiten. Im kollegialen Austausch konnte einigen Kolleg*innen geholfen werden, mit den Herausforderungen umzugehen.

In Zukunft werde ich mich als Fachgruppenvorsitzende weiterhin dafür einsetzen, dass die Belastungen an den Hauptschulen Düsseldorfs gemeinsam bewältigt werden können. Da es an den Hauptschulen auch viele **Vertretungslehrkräfte** gibt, müssen auch diese dringend unterstützt werden.

Nur zusammen können wir die vielfältigen Herausforderungen meistern. Wer in der Fachgruppe Hauptschule

mitarbeiten möchte, melde sich gerne unter der E-Mail –Adresse: pollesch@gmx.de

FG GYMNASIUM

Von Hanna Tuszinsky

Im Vergleich mit anderen Schulformen stehen die Düsseldorfer Gymnasien in Zeiten des Lehrermangels vergleichsweise gut dar – die meisten ausgeschriebenen Stellen konnten daher besetzt werden. Die **Neueinstellungen** wurden natürlich mit GEW-Begrüßungsmaterialien bedacht. Auch den neuen Referendar*innen wurden am Tag der Vereidigung die bekannten Brotdosen persönlich überreicht, sowohl in Düsseldorf wie auch in Neuss. Die **Vertrauensleute** wurden darüber hinaus auch mit regelmäßigen Informationen bedacht.

Darüber hinaus haben wir natürlich auch an Aktionen des Stadtverbandes (z.B. 1. Mai, Demonstrationen, Pressearbeit) teilgenommen und den Personalratswahlkampf für Gymnasien und WBKs organisiert.

Die bestehende **Vernetzung** zur Landesfachgruppe bleibt weiterhin sehr wichtig. So wurde u.a. auch an Anträgen zum Abitur auf dem Gewerkschaftstag mitgewirkt. Die Oberstufenreform wird ein dickes Brett fürs Gymnasium – auf Landesebene arbeitet wir daher an Hintergrundgesprächen, Stellungnahmen und Vernetzungstreffen.

FG GRUNDSCHULE

Von Monika Maraun und Holger Thrien

Im ersten Halbjahr war die Arbeit der Fachgruppe Grundschule stark von den Aktivitäten rund um die Personalratswahlen geprägt. Die enorme Anstrengung der Kolleginnen und Kollegen wurde durch vielfältige GEW-Erfolge belohnt. So konnte im Örtlichen Personalrat für Grundschulen unsere klare Mehrheit (bisher 9:4 Sitze) verteidigt werden. Durch einen Anstieg der Beschäftigten an Düsseldorfer Grundschulen erhöhte sich die Größe des Gremiums von 13 auf 15 Personalratsmitglieder. Nach Auszählung der

Stimmen kam die GEW-Fraktion auf zehn Sitze. Den Vorsitz übernahm wieder Monika Maraun.

Neben dem PR-Wahlkampf widmeten wir uns auch weiterhin den Themen, die uns in der Grundschule beschäftigen. Hier seien vor allem der Ganztagsunterricht, die Themenkomplexe **Teilzeitbeschäftigung** (hier besonders: Ablehnung der voraussetzungslosen Teilzeit) und Elternzeit sowie die Inklusion genannt. Leider nahm auch das Standardthema „**Lehrer*innen-Mangel**“ an

Grundschulen“, mit seinen gravierenden Auswirkungen für alle an Schule Beschäftigten, wieder viel Raum ein. Die hieraus resultierenden Abordnungen führten zu einer verstärkten Verunsicherung unter den Kolleg*innen und zu einem erhöhten Beratungsbedarf. Genau wie bei allen anderen Themen, werden wir die Entwicklung im Blick behalten und uns auch besonders dann Gehör verschaffen, wenn wir der Meinung sind, dass etwas in die falsche Richtung läuft. So stehen wir im ständigen Austausch mit der Dienststelle hinsichtlich der Problematik die, die ordnungsgemäße Bereitstellung der **Lehrer*innenendgeräte** mit sich bringt.

Im Bereich der **Beratung und Unterstützung** verfestigte sich die Tendenz dahingehend, dass sich nicht nur einzelne Lehrkräfte an uns wandten, sondern verstärkt auch ganze Lehrerräte. Dies bestätigte noch einmal, wie wichtig der von unserer Fachgruppe gepflegte enge Kontakt zu den einzelnen Schulen und deren Personal ist.

Auch im Jahr 2024 sahen sich die Mitglieder der FG Grundschule in der Pflicht, die **Berufseinsteiger*innen** besonders zu begleiten. Anders als in anderen Jahren verschob sich hier allerdings der Schwerpunkt: Da in Düsseldorf keine schulscharfen Ausschreibungsverfahren an einzelnen Schulen erfolgten, wurden unsere altbewährten

Bewerbungsfortbildungen nicht angeboten. Anstelle dessen erfolgte eine passgenaue Begleitung bei den Abordnungsverfahren, hauptsäch-

lich an Duisburger Schulen. Immer mehr rückten auch die Beschäftigten an Schule in den Blickpunkt, die als **Seiteneinsteigende** tätig sind. Die Mitglieder dieser Gruppe haben wir in vielfältiger Form, z.B. über Möglichkeiten der Qualifizierungsweiterung, informiert.

In früheren Jahren hatten wir uns vorgenommen, uns auch um einen intensiveren **Dialog mit Schulleitungen** zu bemühen. Dies konnten wir im Jahr 2024 durch ein gut besuchtes Schulleiter*innen-Treffen in die Tat umsetzen. Unser Anliegen ist dabei, dass durch unsere Information u. a. eine stärkere Beteiligung der Lehrerräte an Grundschulen erfolgen wird sowie gegenseitige Ressentiments abgebaut werden können.

Durch wiederkehrende **Aktionen**, (z. B. zu Nikolaus, Karneval oder dem Schuljahresende) hat die FG Grundschule immer wieder dafür gesorgt, dass die GEW an den Schulen präsent war. Die immense Ausweitung der regelmäßigen **Social-Media-Auftritte bei Instagram, Facebook und Co.** hat neue Zielgruppen erschlossen und noch mehr Kolleg*innen für unsere Anliegen erreichbar gemacht.

Wir, die Vorsitzenden der Fachgruppe Grundschule, würden uns freuen, wenn wir bei noch mehr Kolleginnen und Kollegen das Interesse zur Mitarbeit wecken könnten. Zahlreichen Anregungen, Wünschen und Fragen unter den e-mail-Adressen moni.maraun@web.de und holgerthrien@live.de sehen gespannt entgegen.

FG REALSCHULE

Von Andreas Dietrich

Die Rahmenbedingungen an den Düsseldorfer Realschulen haben sich insgesamt kaum verändert. Leider ist unsere Schulform nach der Förderschule weiterhin die Schulform mit den **zweitmeisten unbesetzten Stellen**. Die Zahl der Vertretungslehrkräfte ist nach wie vor hoch - ohne das Engagement der **Seiteneinsteiger/innen** könnten wir an einigen Standorten den Schulbetrieb nicht mehr aufrechterhalten. Auch im Bereich der **Inklusion** steht die Realschule sehr schlecht da. Sonderpädagogische Expertise wächst eben nicht auf Bäumen - insofern ist die Belastung der wenigen Kollegen / innen eine Zumutung und widerspricht aus meiner Sicht der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Dabei ist das größte Problem, dass die wenigen Sonderpädagogen / innen, die im Realschulkapitel tätig sind, in bürokratischen Aufgaben (AOSF, Förderpläne, Zeugnisvorbereitung, usw.) ertrinken und oftmals kaum mehr Kapazitäten für die Kinder übrig haben, was viele sehr frustriert.

Eine Neuerung gibt es im Bereich der **Externenprüfung**. Aufgrund von gestie-

genen Prüflingszahlen wird es in diesem Schuljahr so sein, dass die Mehrheit der Realschulen im Regierungsbezirk Düsseldorf Prüfungen abnehmen müssen. Traditionell haben diese Prüfungen immer an der Theodor-Litt-Realschule in Düsseldorf stattgefunden. Zukünftig wird es so sein, dass jede Realschule pro 10. Klasse zwei Prüflinge zugewiesen bekommt (d.h. bei Vierzügigkeit 8 Schüler / innen) und diese dann sämtliche Prüfungen vor Ort ablegen müssen. Sollten einzelne Fächer an der Schule nicht abgedeckt werden können, werden Lehrkräfte anderer Schulen an den Prüfungstagen entsprechend abgeordnet. Nach einem ersten Durchgang am Ende dieses Schuljahres wird das Verfahren evaluiert. Grundsätzlich erhofft sich die Bezirksregierung vom neuen Verfahren eine Entlastung der betroffenen Kollegen / innen, da die Pendelzeiten wegfallen und die Prüfungen im gewohnten Umfeld stattfinden.

Am 18.02. findet ein digitales Fachgruppentreffen statt. Bei Interesse bitte anmelden unter andreas.dietrich@schule.duesseldorf.de.

FG GESAMTSCHULE

Von Gabriella Lorusso

Im ersten Halbjahr stand die **Personalratswahl** im Fokus der Gesamtschulen. Die GEW konnte dabei ein erfreuliches Ergebnis erzielen: Mit 16 von 25 Sitzen konnte sie ihre starke Position erfolgreich behaupten.

Ein weiterer bedeutender Entwicklungsschritt in der Düsseldorfer Schullandschaft war die **Eröffnung der neuen Gesamtschule** an der Aldekerkstraße in Heerdt, die heute den Namen Élise-Freinet-Gesamtschule trägt. Mit dieser Erweiterung wurden dringend benö-

tigte Gesamtschulplätze geschaffen, um der anhaltend hohen Nachfrage gerecht zu werden.

Ein zentrales Thema in vielen Gesprächen mit Kolleg*innen war der **akute Lehrkräftemangel** an Gesamtschulen. Die Belastung für die Lehrkräfte ist enorm, viele fühlen sich durch die Vielzahl an Aufgaben überfordert. Auch die neu geschaffenen Multiprofessionellen Teams (MPTs) konnten bislang keine spürbare Entlastung bringen, sodass der Druck auf das pädagogische Personal weiterhin hoch bleibt.

Im zweiten Halbjahr wurde zunehmend deutlich, dass der **gesellschaftliche Rechtsruck** auch die Schulen erreicht hat. Der Parteikreistag der AfD an der

Dieter-Forte-Gesamtschule führte zu einer breiten Diskussion unter den Lehrkräften. Eine engagierte Gruppe von Kolleginnen setzte sich daraufhin aktiv für Demokratie und gegen verschärfte Abschiebungen – insbesondere von Schülerinnen – ein. Dies mündete in eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen Mäßigungsgebot und Verfassungstreue, an der sich mehrere Düsseldorfer Gesamtschulen beteiligten. Perspektivisch könnten auch andere Schulformen in diesen Diskurs einbezogen werden.

Die Fachgruppe Gesamtschule lädt alle Interessierten herzlich ein, sich aktiv zu engagieren und an den wichtigen schulpolitischen Debatten mitzuwirken.

FG BERUFSKOLLEG

Von Bärbel Bösche und Dr. Isabelle Siemes

Im Berichtszeitraum hat die Fachgruppe Berufskolleg im 9. Jahr den **Stammtisch** für alle Kolleg*innen fortgeführt. Im Rahmen dieses Stammtisches fanden mehrere Treffen statt, u.a. zu den Themenschwerpunkten das **Handlungskonzept** des MSB sowie die **Personalratswahl** gehörten. Zudem gab es einen regen Austausch über die Situationen der jeweiligen Schulen.

Auch außerhalb dieses Stammtisches wurden mit Kolleg*innen verschiedener Berufskollegs Beratungsgespräche geführt.

Das vergangene Jahr war darüber hinaus geprägt von Arbeiten im Personalrat: **Bärbel Bösche** wurde neu in

den Hauptpersonalrat gewählt. Marei Heinke ist weiterhin im Personalrat bei der **Bezirksregierung** tätig.

Zu den Themen des Jahres 2025 wird einerseits die anstehende Tarifrunde gehören, andererseits weitere Änderungen und Folgen des Handlungskonzepts des MSB, insbesondere dort der Wegfall der **voraussetzungslosen Teilzeit** und die vorteilhafte Alternative der **Teil-Dienstunfähigkeit**. Weitere Neuerungen aus dieser Entwicklung werden durch die Fachgruppe begleitet werden.



Den Rechten
das **NEIN**
anbieten



BUNDESTAGSWAHLEN MIT ZAHLREICHEN DEMONSTRATIONEN GEGEN RECHTS IN DÜSSELDORF AM 15.2. UNSER STADTVERBAND WAR DABEI



AFD-VERBOT – JA ODER NEIN?

mit Referent Prof. Dr. Virchow

Zu der – mit 26 Teilnehmenden – gut besuchten Veranstaltung im DGB-Haus hatten wir den Experten für Rechtsextremismus und Neonazismus, Prof. Dr. F. Virchow (Hochschule Düsseldorf), eingeladen. Er wendet sich mit seinen Forschungsergebnissen besonders an Sozialpädagogen und Lehrkräfte im Bildungsbereich, um Handlungsmöglichkeiten gegenüber rechtsextremen Tendenzen aufzuzeigen.

Bericht über die Schulpolitische Veranstaltung der Ruheständler im Stadtverband am 26.11.2024 von Detlev Wöske.

In einem knapp einstündigen Impulsvortrag informierte er uns über die Bedingungen für ein Parteienverbot im Grundgesetz und auf diesem Hintergrund über Chancen und Risiken eines Verbotsantrags gegen die AFD. Er selbst würde eher dazu raten. (Mitte November haben 121 unterzeichnende Abgeordnete den Verbotsantrag im Bundestag eingereicht, Initiator ist der CDU-Abgeordnete M. Wanderwitz.) Im Folgenden werden stichpunktartig wichtige Inhalte des Vortrags dargestellt.



Zur rechtlichen Bedeutung eines Parteien-Verbots

- Beim Schutz der Demokratie gegen „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ geht es vor allem um drei zentrale demokratische Grundwerte: die Würde des Menschen (Art. 1), das Demokratie- und das Rechtsstaatlichkeitsprinzip (mit zentraler Rolle der Parteien bei Wahl und Regierungsbildung und Kontrolle der staatlichen Macht durch unabhängige Gerichte).
- Das Grundgesetz ermöglicht gegen eine „verfassungswidrige“ Partei deren Verbot durch das Bundesverfassungsgericht (lt. Art. 21 GG), dafür gelten jedoch hohe Hürden (s.u.).
- Ein Partei-Verbot beinhaltet: Einzug von Vermögenswerten, Verbot von Verlagen, Nutzung sozialer Medien, von Sendern – wie „AFD TV“ oder geplant „Auf1“ – sowie das Verbot, inhaltlich ähnliche Ersatz-Organisationen aufzubauen – sehr wirksam gegen Propaganda!
- Verfahren: Vorprüfung durch das Bundes-Verfassungsgericht (BVG), dann bei substantzieller Zulassung Hauptverhandlung; Entscheidung nach insgesamt 4-6 Jahren – viel Zeit für Debatten und eine politische Kampagne gegen die AFD!
- Teilverbot eines Landesverbandes ist langwierig wie ein generelles Verbot, kaum sinnvoll.

Rechtliche Verbots-Kriterien - mit Einschätzungen des Referenten

- Der Bericht des Verfassungsschutzes (VS) zur Frage, ob die gesamte AFD „erwiesen rechtsextremistisch“ ist, steht noch aus, wird wohl nicht vor der Wahl im Februar veröffentlicht, würde einen Ver-

botsantrag unterstützen. Abwarten ggf. unnötig, da Beweisgründe nachgeliefert werden können, aber: Inhalt des VS-Berichts noch unbekannt.

- Ein „aktives und planvolles Hinarbeiten“ auf verfassungswidrige Ziele der AFD – auch im „Verhalten ihrer Mitglieder“ (-> Zuordnungsproblem) könnte wohl nachgewiesen werden.
- Eine „konkrete Gefährdung“ der Verfassung wohl nachweisbar, mit einem „aggressiv-kämpferischen“ Vorgehen ist evt. schwierig, abhängig wohl auch vom o.a. VS-Bericht. Beweisgrund ist das völkische Denken der AFD: ethnische, rassistische Positionen negieren die individuelle Geltung von Menschenrechten; typisch dafür das Zitat von Carl Schmitt: „Wer Menschheit sagt, will betrügen.“

Vorteile eines Verbotsverfahrens

- das Verbot zielt nicht auf Einstellungsänderung bei AFD-Mitgliedern, schafft aber Klarheit für die politische, auch für die schulische Arbeit (-> Kampagnen gegen Rechtsextremismus);
- Entzug von Finanzen und (medialen) Einrichtungen stoppt Propaganda, ermöglicht eine neue politische Grenzziehung und verhindert die Unterwanderung des Staatsapparates.

„Fallstricke“ eines Verfahrens – und Kommentierung

- Verbotsgründe reichen evt. nicht aus – umstritten, eine Ablehnung würde die AFD stärken;
- Entmündigung von AFD-Wählern (z.B. 34 % in Sachsen) „von oben“ – ist ein Problem;

- // mögliche Radikalisierung von Mitgliedern-
- // Anlass für Opfer-Inszenierung – erwartbar, man müsste rechtzeitig politisch gegenwirken;
- // mögliche Radikalisierung von Mitgliedern – schwierig einzuschätzen, ggf. Fall für den VS;
- // Anfechtung auf EU-Ebene – nicht erwartbar, bei 4-jährigem Verfahren kaum wirksam.

In der nachfolgenden Diskussion wurde mehrfach die Befürchtung vor einem zunehmenden Rechtsradikalismus geäußert, die Notwendigkeit von politischen Kampagnen betont und damit ein AFD-Verbot befürwortet – u.a. von den anwesenden „Omas gegen Rechts“. Zudem: Der Verzicht auf einen rechtzeitigen Verbotsantrag hätte evt. erhebliche Nachteile.

Ausgewählte Aspekte aus der Diskussion

- // Wichtig ist eine **Vernetzung der Initiativen** gegen Rechts in D'dorf, auch für die Vorbereitung der 2025 anstehenden Kommunalwahl; dazu Workshops veranstalten.
- // Kampf gegen die AFD ist auch Aufgabe der demokratischen Parteien, statt Übernahme von rechtsextremen Forderungen und Wordings (vgl. Diskussion über Migration).
- // Die **Schule hat Aufklärungspflicht** über rechtsextreme Inhalte, für die Vermittlung und Verteidigung von Werten des Grundgesetzes; dafür müsste die GEW die Rolle schulischen Arbeit genauer klären. – (Tipp: Die Initiative „GegenRechts-Schutz“ hilft in rechtl. Fragen.)
- // **Inhalte einer notwendigen Kampagne** (F. Virchow): Vernetzung; Menschenrechte als Basis; Auf-

klärung gegen Infragestellung von Gerichten, Medienkontrolle und „nationale Erzählungen“ in Bildungseinrichtungen (Kernpunkte rechter Strategie); Aktionen als „gelebte Demokratie“; über Gefahren einer AFD-Regierung in 5 Jahren informieren.

Gründe für **rechtsextreme Tendenzen bei jungen Männern**

(F. Virchow): nicht mehr funktionierendes Aufstiegsversprechen; Verteidigung der Geschlechterdominanz bei jungen Männern, Einfluss der als Info-Quelle bevorzugten sozialen Medien mit ihren „bubbles“; Krisenermüdung - und überraschend: Vermutung von Problemlösungs-Kompetenz bei der AFD (lt. Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung), auch bei früheren SPD- und Linke-Mitgliedern.

Was können / sollten wir tun?

(Zusammenstellung von Vorschlägen aus der Diskussion)

- // Verteidigung der Demokratie in Kampagnen und Aktionen
- // Kundgebungen gegen AFD-Veranstaltungen (wie zuletzt am 30.11. an der Wichern-Schule)
- // Unterstützung von „Omas gegen Rechts“ (Mit-Initiatoren des Verbotsantrags)
- // Vernetzung der Initiativen gegen die AFD vor Ort
- // Argumentationshilfen erstellen (wie den schon bestehenden DGB-„Faktencheck“)
- // Demokratische Bildung in Schulen stärken
- // Wahlprüfsteine von GEW und DGB beeinflussen

MYTHOS NEUTRALITÄT

Neutralitätspflicht und Mäßigungsgebot an den Schulen: wie gehen wir damit um, wenn Demokratiefeinde den Bildungsauftrag an den Schulen in Frage stellen und bedrohen? Die AfD wird in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem beurteilt. In unserer gut besuchten Veranstaltung am 3.2. mit den Syndikusrechtsanwälten des Landesverbandes der GEW Maria Mattioli und Florian Heldt versuchten wir der Sache auf den Grund zu gehen. Von Sylvia Burkert

Mittlerweile sind viele Kolleginnen und Kollegen dem Druck ausgesetzt ihren Unterricht „neutral“ zu gestalten, wenn die Demokratie auf dem Lehrplan steht. Ja, die rechtsextreme AfD, deren „Vorzeigepolitiker“ Höcke als Faschist bezeichnet werden darf, versuchte an mehreren Düsseldorf Schulen sich mit eigenen Veranstaltungen breit zu machen und stieß aber auf heftige Gegenwehr vieler Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen machen (wir berichteten in unserer letzten Nummer der Stadtzeitung darüber). Das ist ganz im Sinne der Demokratieerziehung: den Feinden der Demokratie die Stirn zu bieten.

und Schüler dürfen dabei keiner Angst ausgesetzt sein, sie müssen ihren Standpunkt frei äußern dürfen. Die Lehrkraft kann dabei sehr wohl im Unterricht ihre eigene Position deutlich machen, zum Beispiel wenn sie eine Position der AfD nicht teilt oder ablehnt. Das ist keine Verletzung des Neutralitätsgebots, solange diese Sichtweise nicht absolut gesetzt wird und die Schülerinnen und Schüler dadurch indoktriniert werden. Das ist alles im Beutelsbacher Konsens geregelt. Nur so ist die Neutralität zu verstehen! (s. <https://www.gew.de/die-meldeportale-der-afd>)

Doch was bedeutet das im Unterricht:

Für den Unterricht ist es wichtig, den Schülerinnen und Schülern unterschiedliche Positionen – von ganz links bis ganz rechts – darzustellen und durch kontroverse Diskussionen zu einem eigenen Urteil zu befähigen. Konkret kann das bedeuten, verschiedene parteipolitischen Standpunkte beim Thema „Asyl“ so darzustellen, dass die Lernenden sie nachvollziehen, analysieren und für die eigene Position abwägen können. Die Schülerinnen



Erläuterungen zum Beutelsbacher Konsens:

1. Überwältigungsverbot

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

rer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind. Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden.

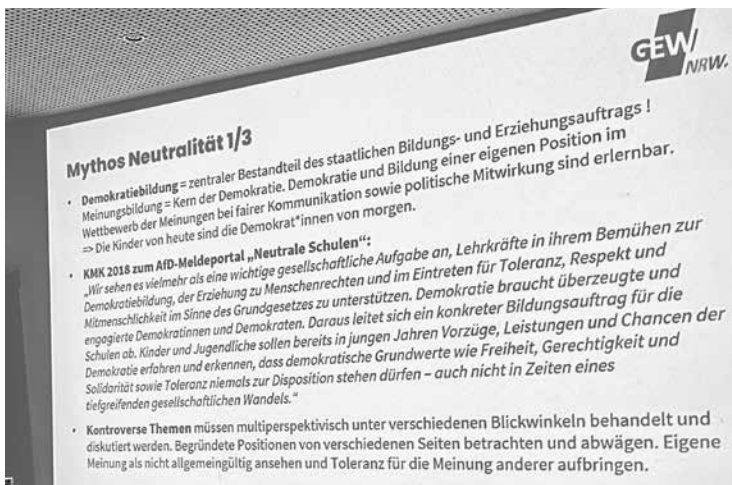
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Leh-

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.

Quelle: <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>



KURSWECHSEL

EINE ANDERE BILDUNGSPOLITIK BRAUCHT DAS LAND GEW-FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

Wir brauchen einen klaren Kurswechsel in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Ohne eine andere Steuerpolitik mit einer Umverteilung von oben nach unten wird es keine soziale Gerechtigkeit und keine Chancengleichheit durch Bildung geben.

Hier unsere Forderungen an den Bund:(<https://t1p.de/ibglv>)

1.

Alle Bildungsbereiche gut ausfinanzieren

Bildung ist in Deutschland strukturell unterfinanziert. Allein dadurch, dass das Ziel des Dresdner Bildungsgipfels 2008, ab 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben, bis heute nicht erreicht worden ist, sind dem deutschen Bildungssystem 160 Milliarden Euro verloren gegangen. Nach aktuell verfügbaren Zahlen beläuft sich der Investitionsbedarf in Kitas, Schulen und Hochschulen auf mindestens 130 Milliarden Euro.

Der Bund muss deshalb

- ein mindestens 130 Milliarden Euro umfassendes „Son-dervermögen Bildung“ verfassungskonform aufsetzen, um den bestehenden Investitionsstau im Bildungswesen umgehend abzubauen,
- einen Sozialfonds einrichten, um Kitas, allgemein- und berufsbildende Schulen besser auszustatten. Für die Mittelverteilung an Länder und Kommunen schlägt die GEW

einen sozial indizierten Verteilungsschlüssel vor, der die soziale Bedürftigkeit in einem Bundesland sowie die unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen und deren Ausbildung berücksichtigt. Dieser Sozialindex soll den bislang angewandten Königsteiner Schlüssel ablösen. Für die Verteilung der Gelder nach Sozialindex hat die GEW ein Konzept vorgelegt,

- die Schuldenbremse reformieren; Kreditfinanzierung von Investitionen muss wieder möglich sein,
- eine sozial gerechte Steuerpolitik als Grundlage einer guten, sicheren Finanzierung der Bildungsausgaben (insbesondere der Personalausgaben) in Bund, Ländern und Kommunen betreiben. Dazu gehören unter anderem die Wiedererhebung der Vermögensteuer, ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer, eine Reform des Ehegattensplittings (Splittingverfahren abschaffen zugunsten einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag),

- das Kooperationsverbot in der Bildung zu einem Kooperationsgebot zwischen Bund, Ländern und Kommunen weiterentwickeln,
- bei Unterstützungsleistungen vom Bund an die Kommunen die Risikolagen gemäß des nationalen Bildungsberichts berücksichtigen, um eine bessere Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen,
- die zum Teil erheblich verschuldeten Kommunen bei ihren Altschulden entlasten,
- das BAföG grundlegend reformieren; dazu gehören unter anderem die Anhebung des Bedarfssatzes mindestens auf Bürgergeldniveau sowie die Erhöhung der Elternfreibeträge, die Umstellung des Studierenden-BAföG auf einen Vollzuschuss sowie die Wiedereinführung der Regelförderung aller Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10.

2.

Fachkräftemangel beseitigen, zukünftigen Fachkräftebedarf sichern

Der massive Fachkräftemangel überlagert alle Reformbestrebungen im Bildungswesen, gefährdet die Qualität des Angebots und führt zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Bei den Erzieherinnen und Erziehern ist der Krankenstand höher als in allen anderen Beschäftigtengruppen: knapp 30 Tage Arbeitsunfähigkeit, gegenüber rund 20 Tagen im Schnitt aller Branchen. Im aktuellen DGB-Index „Gute Arbeit“ berichten 73 Prozent der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen über Engpässe aufgrund fehlenden Personals; im Bereich Kita- und Sozialarbeit liegt der Anteil bei 54 Prozent. 66 Prozent der Erziehe-

rinnen und Erzieher sowie 71 Prozent der Lehrkräfte gaben an, dass der Personalengpass bereits 18 Monate und länger dauert. Bereits in den ersten Berufsjahren verlassen zu viele gut ausgebildete Fachkräfte das Arbeitsfeld der frühkindlichen Bildung. Durch den ab August 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung in der Grundschule wird der Fachkräftebedarf weiter steigen; bundesweit werden bis 2030 für eine flächendeckende und personell gut ausgestattete Ganztagschule über 100.000 pädagogische Fachkräfte mehr benötigt, als nach derzeitigem Stand bis dahin zur Verfügung stehen. Der Druck im System darf jedoch nicht zu einer breiten Dequalifizierung des Fachkräftenachwuchses führen.

Der Bund muss deshalb

- die Länder beim Ausbau der Ausbildungskapazitäten in der Lehrkräftebildung unterstützen, etwa durch eine Fortschreibung und Weiterentwicklung der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ sowie des „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“,
- Schulen in herausfordernden sozialen Lagen mit zusätzlichen Bundesgeldern unterstützen. Mit diesen Mitteln können beispielsweise Doppelbesetzungen finanziert und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Das macht Schulen für Lehrkräfte, aber auch andere Professionen attraktiver,
- ein Kita-Qualitätsgesetz auf den Weg bringen, das bundes- einheitliche Strukturen schafft und so die Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten nachhaltig verbessert und den Arbeitsbereich der frühkindlichen Bildung attraktiv macht,

den Fachkräftezugang, die Arbeitsmarktintegration und Einbürgerung erleichtern. Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung und Integrationspolitik sollten regelmäßig evaluiert werden,

klare und verbindliche Strukturen in der Weiterbildung schaffen; dazu gehören einheitliche Rahmenbedingungen für Arbeitsverhältnisse, Finanzierung und Qualitätssicherung, um für die Beschäftigten in der Weiterbildung verlässliche und planbare berufliche Perspektiven zu schaffen.

3.

Ganztag qualitativ ausbauen

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ist durch den Fachkräftemangel und eine nicht ausreichende Finanzierung stark gefährdet. Es braucht mehr Anstrengungen, dem entgegenzuwirken. Gleichzeitig müssen verbindliche Qualitätskriterien des Ganztags garantiert werden. Für die gelingende Umsetzung eines guten Ganztags hat die GEW ein 15-Punkte-Programm veröffentlicht.

Der Bund muss deshalb

- den Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung quantitativ und qualitativ umsetzen,
- eine langfristige Finanzierung über das Jahr 2027 hinaus gewährleisten, um Ländern und Kommunen Planungssicherheit zu geben,
- die Finanzierung nach sozialen Indikatoren umsetzen, statt die Mittel nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen.

4.

Kita-Qualitätsgesetz

mit bundeseinheitlichen Standards

Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen ihrem gesetzlichen Auftrag professionell und unter guten Bedingungen nachkommen können. Das Investitionsvolumen für Personal beläuft sich auf rund 14 Milliarden Euro, hinzu kommen 10 Milliarden Euro für die bauliche Infrastruktur. Dafür braucht es ein Kita-Qualitätsgesetz, durch das eine pädagogisch hochwertige Bildung, Betreuung und Erziehung in den Einrichtungen gewährleistet sowie die Attraktivität der Berufe in der frühkindlichen Bildung gesteigert wird. Die GEW hat dazu ein 15-Punkte-Programm „Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für die Frühe Bildung“ vorgelegt.

Der Bund muss deshalb

- sich dauerhaft zur Hälfte an den jährlichen Kosten guter Kindertageseinrichtungen in Höhe von 12 Milliarden Euro beteiligen,
- den demografischen Wandel gemeinsam mit den Ländern dafür nutzen, die Strukturqualität in den Kitas zu stärken,
- Standards wie eine bessere Fachkraft-Kind-Relation (für Kinder, die jünger als ein Jahr sind, von 1:2, für Ein- bis Dreijährige von 1:3 und für Dreijährige bis zum Schulbeginn 1:8) garantieren.

5.

Digitalisierung gestalten

In nahezu allen Lebensbereichen gibt es digitale Veränderungsprozesse. Eine besondere Herausforderung ist die Entwicklung von Anwendungen, die auf Künstlicher Intelligenz (KI) basieren.

Daher müssen Medienpädagogik und digitale Schulentwicklung qualitativ und quantitativ ausgebaut und sichergestellt werden. Die dafür notwendigen Strukturen und Ressourcen sind dauerhaft bereitzustellen. Dies setzt eine schnelle Weiterführung des Digitalpakts 2.0 voraus.

Der Bund muss deshalb

- den Digitalpakt 2.0 sozial gerecht und an den Bedarfen der einzelnen Schule orientiert mitfinanzieren, seinen Beitrag aufstocken und den Pakt auf weitere Bildungsbereiche wie die frühkindliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung ausweiten,
- die Medienbildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen durch pädagogische Projekte fördern, diese dazu befähigen, sich kritisch mit Themen wie Falschinformationen, Algorithmen und KI sowie Hass im Netz auseinanderzusetzen,
- KI-gestützte Anwendungen und automatisierte Lernsysteme an Schulen vor dem Hintergrund der KI-Verordnung der Europäischen Union (AI Act) streng auf Transparenz, Datenschutz und Wahrung der Grundrechte prüfen. Die GEW verlangt eine Technikfolgeabschätzung vor der Einführung von Technologien wie Learning Analytics.

6.

Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Die Politik hat gerade in Zeiten multipler Krisen die Verantwortung, das Recht auf Bildung für alle Menschen zu erfüllen sowie strukturellen Benachteiligungen, menschenfeindlichen

Einstellungen und antidemokratischen Ressentiments entgegenzuwirken. Aktive Beteiligung an demokratischen Prozessen und gesellschaftlicher Zusammenhalt müssen durch bessere Bildungsteilhabe, mehr politische Bildung und verlässliche Demokratieförderung vor Ort gestärkt werden.

Der Bund muss deshalb

- die Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) absichern und ausbauen,
- ein nachhaltiges Demokratiefördergesetz beschließen und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ausbauen, um verlässliche Strukturen für politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement und Präventionsarbeit, insbesondere auch in ländlichen Räumen zu schaffen,
- die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Rechtsextremismus verstärken,
- Schutzlücken im rechtlichen Diskriminierungsschutz schließen und die Kommunen dabei unterstützen, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene und Opfer rechter Gewalt auszubauen.

7.

Integration durch Bildung

Zugewanderte und/oder geflüchtete Kinder, Jugendliche und Erwachsene müssen sowohl in die Gesellschaft als auch in das Bildungssystem integriert werden. Dabei sind die Anerkennung der im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüsse sowie der schnelle Zugang zu Deutsch-Sprachkursangeboten notwendige Grundlagen.

Der Bund muss deshalb

- das Recht auf Schulzugang für Geflüchtete und neu Zugewanderte nach spätestens drei Monaten umsetzen,
- Länder und Kommunen bei den Integrationskosten im Bereich Bildung unterstützen,
- den Zugang zu Integrationskursen und deren Rahmenbedingungen wie Kursgrößen, Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Lehrkräfte verbessern,
- die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse einfacher anerkannt werden,
- den Fachkräftezugang, die Arbeitsmarktintegration und Einbürgerungen erleichtern.

8. Prekäre Beschäftigung in Weiterbildung und Hochschule

Immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Laufzeiten sowie lange und komplizierte Karrierewege an den Hochschulen sind nicht nur unfair gegenüber hoch qualifizierten und engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Das Hire-and-Fire-Prinzip unterminiert auch die Qualität von Lehre und Forschung sowie die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung. Es braucht Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement. Insbesondere die Weiterbildung ist von prekärer Beschäftigung geprägt. Es braucht klarere und verbindlichere Strukturen, um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und die Qualität der Angebote in der Weiterbildung zu verbessern.

Der Bund muss deshalb

- das Sonderbefristungsrecht für die Wissenschaft (aktuell Wissenschaftszeitvertragsgesetz) reformieren,
- die Finanzierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch durch Drittmittelgeber an die Bedingung knüpfen, dass für alle Beschäftigten eine Tarifbindung gilt und Dauerstellen auch aus Drittmitteln und Projektgeldern finanziert werden,
- die sachgrundlose Befristung aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) streichen,
- die Nationale Weiterbildungsstrategie mit verbindlichen Zusagen und mit dem Ziel eines Nationales Weiterbildungsgesetzes weiterführen,
- sich dafür einsetzen, dass Lehrkräfte in der Weiterbildung tariflich abgesichert und orientiert am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) bezahlt werden.

STARKER APPELL

Düsseldorfer Gewerkschaften fordern von den Parteien mutige Entscheidungen für Gute Arbeit, Investitionen in die Zukunft und die Stärkung der sozialen Sicherheit.

„Mit unserem Forderungskatalog machen wir uns für eine Zukunft stark, die die Rechte der Arbeitnehmer*innen stärkt, soziale Gerechtigkeit ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Wir erwarten von den Parteien, dass sie sich diesen Themen verpflichtet fühlen und die Weichen für eine solidarische, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft stellen“, so die Vorsitzende des DGB Düsseldorf Sigrid Wolf. Und weiter:

“Wer sich von den Stimmen der AfD abhängig macht, verlässt die demokratische Mitte dieses Landes.“

(Aus der PM vom 4.2. 25 (<https://t1p.de/9blgy>))

Dinah Trompeter, Geschäftsführerin IG Metall Düsseldorf-Neuss:

„Wir brauchen eine starke, zukunftsorientierte und erfolgreiche Industrie – im Bund aber auch in Düsseldorf! Standorte, Beschäftigung und Wohlstand gilt es zu sichern. Direkt hängen in Deutschland etwas acht Millionen Arbeitsplätze von der Industrie ab.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich aktuell in schwierigen Fahrwassern. Das erhöht die Herausforderungen für Betriebe, verlässlich in die Zukunft und in die Standorte zu investieren, was wiederum Arbeitsplätze gefährdet. Es braucht dringend Impulse aus der Politik, wie zum Beispiel Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, ein Sondervermögen „Transformation“ in Höhe von 600 Mrd. Euro, die Reformation der Schuldenbremse und ein gerechtes Steuersystem und wettbewerbsfähige Energiepreise. Der Wahlkampf darf nicht zu einem Wahlkampf darüber werden, wer die schrillsten Töne bei den Themen Migration oder Bürgergeld anschlägt. Es muss vielmehr um die Frage gehen, wie wir industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa erhalten und damit Arbeitsplätze sichern. Daher ruft die IG Metall bundesweiten am 15. März 2025 an fünf Standorten zu einem Aktionstag auf. Unter dem Motto: WEIL DAS JETZT ZÄHLT! - Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft!“

Dirk Jehle, Vorsitzender ver.di-Ortsverein Düsseldorf:

„Ob Kita, Pflege, Bürgerämter, Gerichte, Nahverkehr, Stadtreinigung oder Kinderschutz – der öffentliche Dienst ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Seine Funktionsfähigkeit stärkt oder schwächt das Vertrauen der Menschen in die Demokratie.

Massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge sind unerlässlich. Dabei geht es etwa um die Modernisierung von Schulen, Kindergärten und Sportanlagen oder um Leistungen wie Müllabfuhr und Wasserversorgung. Die Finanzierung des Gemeinwesens muss gerechter

gestaltet werden. Vermögende müssen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer mit hohen Freibeträgen.“

Thomas Neumann, Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Düsseldorf:

„Die Zeit drängt allerdings nicht nur im Wahlkampf, sondern auch in unseren Industrien. Schon jetzt bestimmen Verlagerungen, Stilllegungen und Personalabbau das Bild.

Die Unsicherheit unter den Beschäftigten ist groß – nicht nur mit Blick auf die industriellen Perspektiven des Standorts, sondern auch mit Blick auf ihre persönliche Zukunft.

Die klimagerechte Modernisierung unserer Industrie ist eine Jahrhundertherausforderung. Die finanziert man nicht aus dem laufenden Haushalt. Die Unternehmen nicht und auch der Staat nicht. Er muss den Wandel aktiv anschieben. Indem er Transformationsvorhaben unterstützt, die sich heute betriebswirtschaftlich noch nicht rechnen. Und indem er die grüne Infrastruktur von Morgen baut.“

Dr. Sylvia Burkert, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Düsseldorf:

„Ein gut ausgestattetes, qualitativ hochwertiges Bildungswesen ist die Grundvoraussetzung, den Wandel unserer Gesellschaft und Wirtschaft erfolgreich zu gestalten sowie die Demokratie in Deutschland und die soziale Teilhabe zu stärken. Dazu braucht das Land eine nachhaltige Bildungsoffensive.

Um den hohen Investitionsstau im Bildungswesen abzubauen, muss der Bund ein Sondervermögen Bildung auf den Weg bringen. NRW hängt mit seinen Bildungsausgaben dem bundesweiten Durchschnitt hinterher.“



Copyright:
DGB Düsseldorf

NAHOSTKONFLIKT KONTROVERS

**Die von den GEW-Senior*innen organisierte Filmvorführung von „No Other Land“ im Metropol am 11.02.25 war ein großer Erfolg: Etwa 50 GEW- und ver.di-Mitglieder sowie weitere Interessierte - von der Filmbeschreibung motiviert – kamen in das voll besetzte Metropol-Kino, um sich eine Meinung über die Situation im West-Jordanland zu bilden.
Von Detlev Wöske**

Der vieldiskutierte und aktuelle Film wurde erstmalig bei der Berlinale im Februar 2024 gezeigt und dort als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet. Einen weiteren Preis erhielt der Film von der Europäischen Filmakademie in Luzern im Dezember 2024. Die Regisseure, der israelische Aktivist Yuval Abraham und der palästinensische Rechtsanwalt Basel Adra, zeigen dokumentarisch das Leben und die Vertreibung von Palästinensern aus ihren Dörfern durch Siedler und israelisches Militär in Masafer Yatta, einem Gebiet im südlichen West-Jordanland. Der Titel „Kein anderes Land“ drückt dabei den Willen der dortigen Bewohner aus, trotz Vertreibung in ihrem Heimatland zu bleiben. Es sind Geschehnisse aus den Jahren 2019 – 2022 dokumentiert, zeitlich vor dem grausamen Attentat auf jüdisches Leben durch die Hamas im Oktober 2023.

Vor dem Hintergrund des leidvollen Nahost-Krieges löste der Film in Deutschland eine emotionale, polarisierte öffentliche Diskussion aus, auch verbunden mit dem Vorwurf des Antisemitismus. Aber der Film trägt unserer Meinung nach dazu bei, sich ein Bild von der anderen, der palästinensischen Seite, zu machen und deren Leid zu zeigen. Und die Zusammenar-

beit von israelischen und palästinensischen Filmschaffenden ermöglicht es, auf Verstehen und Versöhnung zu hoffen und eine „geteilte Empathie“ zu vermitteln, wie es ein Teilnehmer in dem Gespräch über den Film nannte. Dies dürfte auch der Hintergrund dafür sein, dass der Film für den kommenden Oscar in der Kategorie Dokumentarfilm nominiert wurde. Auf die Entscheidung am 02. März 2025 darf man gespannt sein.

In dem etwa 45-minütigen Gespräch nach der Filmvorführung mussten zunächst einmal die gezeigten Bilder emotional verarbeitet werden: Nach Zerstörungen ihrer Häuser unter dem Schutz israelischer Soldaten wurde gezeigt, dass die ohnehin in Armut lebenden Bauernfamilien ihr weiteres Leben in Felshöhlen fristen mussten. Ein palästinensischer Demonstrationsteilnehmer, der von einem Soldaten angeschossen wurde, lebte querschnitts-gelähmt bis zu seinem Tod in einer solchen Höhle, weil das Militär eine ärztliche Versorgung oder Verlegung in ein Haus untersagte. Für mich besonders emotional: Noch während des Unterrichts mussten Grundschulkinder eiligst ihr Unterrichtsmaterial ins Freie bringen, weil ihre Schule kurz darauf von riesigen Baggern dem

Erdboden gleich gemacht wurde. Auch bedrückend: das Niederwalzen eines einfachen Bauern-hauses einer Palästinenser-Familie vor dem Hintergrund einer Reihe schöner – illegal errichteter – Häuser von Siedlern. (1)



Im Gespräch über den Film wurde mehrfach gefragt, warum in der öffentlichen Berichterstattung nicht auch das Leid der Palästinenser eine größere Rolle spielt und warum nicht die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik durch die israelische Politik stärker kritisiert wird. (3) Dabei müsse das Leid beider Seiten gezeigt werden und eine faire Lösung des Nahostproblems diskutierbar sein, z.B. eine „Zwei-Staaten-Lösung“, wie sie der UN-Sicherheitsrat

zuletzt im Dezember 2016 gefordert hat, oder eine „Ein-Staat-Lösung“, so dass Juden und Palästinenser gleichberechtigt miteinander leben könnten. Zu der Moderationsfrage nach „Hoffnung und Perspektive für eine friedliche Lösung“ nannte eine Teilnehmerin auf einer Karteikarte: "Widerstandskraft der Palästinenser, internationale Solidarität, einschließlich der israelischen Bevölkerung und Demokratiebewegung in Israel" - nachdenkenswert, wie ich meine. (...)

Foto:
Regisseur B. Adra nach dem Abriss eines Hauses (2)

Hinweis der Redaktion:

Der Film wurde kritisiert z.B. von Rüdiger Suchsland im SWR: "No Other Land zeigt die Willkür israelischer Siedlungspolitik auf der Westbank"; das sei einseitig, das dürften Dokumentationen aber auch sein. (<https://t1p.de/s9zky>)

Anmerkungen

- (1) Die gewaltsame Zerstörung von palästinensischen Häusern wird begründet mit der Nutzung für militärisches Trainingsgelände, ein Vorwand für die Vertreibung von Bewohnern, die seit Generationen dort leben. Die Basis dafür bildet der Koalitionsvertrag der israelischen Regierung unter Netanjahu (12/2022): „Das jüdische Volk hat ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel. Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile des Landes Israel fördern und entwickeln – in Galiläa, Negev, Golan und Judäa und Samaria.“ Im November 2024 hat der israelische Finanzminister Smotrich das Jahr 2025 zum Jahr der Annexion im Westjordanland erklärt.
- (2) Das Titelfoto zum Films wurde uns zur Verfügung gestellt von „Immer gute Filme“.
- (3) Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Gutachten zu den rechtlichen Folgen der israelischen Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten im Juli 2024 erklärt, dass die israelische Besatzung als Ganzes gegen das Völkerrecht verstößt und beendet werden muss.

Leserbrief von Peter Calligari vom 27.1.25

In Ausgabe 04/24 der Stadt-Zeitung wurde unter der Rubrik „Gegen rechts“ eine Erklärung von einem Teil (gab es keinen Beschluss des gesamten VS?) des Stadtverband-Vorstands mit der Überschrift 7. Oktober 2023 abgedruckt. Vor einem Jahr noch hätte ich das als spontane Reaktion verstehen können, warum aber jetzt? In der Erklärung wird der „1. Jahrestag d(ies)es furchtbaren Schlachtens den Entführungen“ genannt.

Ich finde es absolut richtig, Wut und Trauer über die Ermordungen und Entführungen durch Mitglieder der Hamas auszudrücken. In Israel hat es machtvolle anhaltende Proteste zur Geiselbefreiung gegeben, zum Großteil mit der Forderung nach Verhandlungen. Bekanntlich ist die israelische Regierung nicht darauf eingegangen und hat mit äußerster militärischer Brutalität reagiert.

Und was ist heute-14 Monate später- das Ergebnis?

- ein Großteil der Geiseln ist immer noch verschleppt
- der Gazastreifen liegt in Schutt und Asche
- mehr als 45.000 Tote, über 100.000 schwer Verletzte sind zu beklagen, in der Mehrheit Frauen und Kinder
- über 2 Millionen in die Flucht getriebene Menschen

Die UnterzeichnerInnen erklären ihre „uneingeschränkte Solidarität mit Israel“. Mit dem Staat Israel oder auch mit der rechtsradikalen israelischen Regierung, die mit diesem Krieg ganz offensichtlich andere Ziele verfolgt? Gerade erst hat „amnesty international“ in einer (leider hier nicht) vielbeachteten Studie nachgewiesen, dass Israel in Gaza einen Genozid begeht.

Kürzlich hat der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Netanjahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Galant wegen des Verdachts „von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit seit dem 8. Oktober 2023“ erlassen. Es sieht ausreichende Gründe für die Annahme, dass Netanjahu und Galant "absichtlich und wissentlich der Zivilbevölkerung im Gazastreifen wesentliche Dinge für ihr Überleben einschließlich Nahrung, Wasser sowie Medikamente und medizinische Hilfsmittel sowie Brennstoffe und Strom vorenthalten haben."

„Uneingeschränkte Solidarität mit Israel“? Nicht von mir.

Anmerkung der Redaktion:

Der Vorwurf des Völkermordes an Israel aus der im Leserbrief zitierten amnesty-Studie wird von anderen Studien in Frage gestellt. Um strafrechtlich als Genozid geahndet zu werden, müsste Vertretern von Israels Militär oder Regierung eine Vernichtungsabsicht gegenüber den Palästinensern als ethnischer Gruppe nachgewiesen werden. Diese Intention sehen die meisten Expertinnen und Experten nicht; sie fordern vielmehr eine Verfolgung der Hamas wegen Genozids. Demnach waren die Massaker an israelischen Zivilisten am 7. Oktober ein Akt genozidaler Gewalt. Der Beleg für die hinter den Morden stehende Vernichtungsabsicht ergäbe sich aus der Gründungscharta der Hamas, die stark von antisemitischen Verschwörungstheorien geprägt ist und offen zur Tötung von Jüdinnen und Juden weltweit aufruft. <https://t1p.de/5hvxr>

Folgendes Material kann in der Geschäftsstelle abgeholt/bestellt werden:

- Broschüre des „Düsseldorfer Bündnisses für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!“
In der Broschüre stellt sich das Bündnis, in dem die GEW Düsseldorf Mitglied ist, vor und beschreibt seine Ziele, Aktionen und Veranstaltungen.



- Broschüre: Es fehlt an Struktur. Weiterbildungsbeschäftigte zwischen Intransparenz und Unterfinanzierung
- Broschüre: GEW-Eckpunkte für die Reform der Lehrer*innenbildung in Zeiten des Fachkräftemangels
- Broschüre: Lehrer*innenbildung in Deutschland im Jahr 2024. Status quo und Entwicklungen der letzten Dekade
- Broschüre: Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel 2024. Systematisierung bisheriger Vorschläge und Praxisansätze sowie Bewertung für 20 Einzelmaßnahmen

Broschüren und Flyer zu vielen weiteren Themen sowie Restexemplare der Stadtverbandszeitung sind weiterhin auf Lager. Bitte erkundige dich bei Bedarf in der Geschäftsstelle.

Informieren und abonnieren

Blieb informiert – abonniere die Pressemitteilungen der GEW NRW:
<https://www.gew-nrw.de/gewerkschaft/presse#c1197-presseverteiler>

Immer auf dem Laufenden bleiben im Stadtverband

Wir verschicken aktuelle Informationen und Veranstaltungshinweise per Mail an unsere Mitglieder. Diejenigen, die uns noch keine Mailadresse zur Verfügung gestellt haben oder deren Mailadresse sich geändert hat, gehen leider leer aus. Das lässt sich ändern... Schick uns eine Mail an geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de



Stadtzeitung online lesen

Übrigens: Wer die Stadtverbandszeitung in Zukunft nur noch online lesen und nicht mehr in Papierform erhalten möchte, sendet uns bitte eine kurze Mail: geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de

UNSERE PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE AN DEN DÜSSELDORFER SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Die Personalräte informieren auf unserer Homepage über wichtige grundlegende Dinge:
<https://duesseldorf.gew-nrw.de/gewerkschaft-vor-ort/personalraete-kontakt-informationen>

Örtlicher Personalrat Grundschule

Büro:

Monika Maraun, 1. Vorsitzende ÖPR
Am Wehrhahn 41, 20211 Düsseldorf
Sprechzeiten per Mail oder
telefonisch erfragen:
+492118924687
monika.maraun@duesseldorf.de

Monika Maraun
KGS Paulusschule
+49172 2149755
moni.maraun@web.

Catharina Wolff
KGS Paulusschule
+49 211 667608
catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

Holger Thrien
GGs Beckbusch-Schule
+49 2102 717772
holger.thrien@gew-nrw.de

Hannah Heisterkamp
GGs Lennéstraße
+49 163 9281778
hannah.heisterkamp@gew-nrw.de

Maria Varriale
KGS Thomas-Schule
+49 1590 3024121
varriale@gmx.de

Astrid Zörner
KGS Fleher Schule
+49 178 8633 716
astrid.zoerner@gew-nrw.de

Dina Kirschbaum
KGS Fleher Schule
dina.kirschbaum@gew-nrw.de

Ulrich Gosebruch
GGs Knittkuhl
+49 1759497300
ullrich.gosebruch@web.de

Andrea Gellert
KGS St. Fanziskus Schule
+49 1577 3897 7456
andrea.gellert@gew-nrw.de

Sandro Monachello
KGS Werstener Friedhofstraße
+49 2112495943
sandro.monachello@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Förderschule

Nicole Kaspar

Alfred-Herrhausen-Schule
+49 211 46872458
nicolekaspar@alice-dsl.net

Daniela Drecker

Franz-Marc-Schule
+49 211 69167622
daniela.drecker.gew@gmx.de

Bezirkspersonalrat Hauptschule

Patricia Ollesch

Gemeinschaftshauptschule am Eller Forst
+49 211 346882
pollesch@gmx.de

Bezirkspersonalrat Realschule

Andreas Dietrich

Toni-Turek-Realschule
+49 212 64527631
andreasdietrich@schule.duesseldorf.de

Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Gabriella Lorusso

Städtische Gesamtschule Stettiner Straße
+49 173 2744416
gabriella.lorusso@gew-nrw.de

Regina Köhler

Gesamtschule Stettiner Straße
+49 176 99225964
regina.koehler@brd.nrw.de

Bezirkspersonalrat Gymnasium und Weiterbildung

Hanna Tuszynski

Städtisches Gymnasium Gerresheim
+49 211 87525881
hanna.tuszynski@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Marei Heinke

Elly-Heuss-Knapp-Schule
+49 1578 1642 104
marei.heinke@gew-nrw.de

Hauptpersonalrat Berufskolleg

Bärbel Bösche

Max-Weber-Berufskolleg
+49 211 91384874
baerbel.boesche@gew-nrw.de

Heinrich-Heine-Universität

Gero Wollgarten, 4. stellv. Vorsitzender

Med.-Fak./Studiendekanat
Tel. +49 211 81 11519
gero.wollgarten@uni-duesseldorf.de

Dominique Brasseur

Studierendenakademie
+49 211 81-13051
dominique.brasseur@hhu.de

Holger Ehlert

Studierendenakademie
+49 211 81-14747
holger.ehlert@hhu.de

30.000 hatten am 15.2. Zeit und protestierten in der Innenstadt von Düsseldorf gegen die AfD und die Rechtentwicklung in der Gesellschaft.

